



Interviews

07. März 2024, 8.10 Uhr

Udo Bullmann, SPD-Abgeordneter im Europaparlament, im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Am Telefon ist jetzt Udo Bullmann, für die SPD im Europaparlament und dort Vorsitzender im Unterausschuss für Menschenrechte. Er ist gerade aus dem Nahen Osten zurückgekehrt. Er war am Grenzübergang zum Gazastreifen in Rafah auf ägyptischer Seite und auch in Israel, um sich ein Bild zu machen. – Guten Morgen, Herr Bullmann.

Udo Bullmann: Guten Morgen, Herr May.

May: Was ist Ihr Eindruck, hält sich Israel an das humanitäre Völkerrecht in Gaza?

Bullmann: Davon ist nicht auszugehen. Wir sind nicht mehr vor einer Katastrophe, wir sind mit beiden Beinen in einer humanitären Katastrophe. 2,2 Millionen Menschen im Gazastreifen – das ist etwas mehr als die Bevölkerung Hamburgs – sind zusammengepfercht auf der Hälfte der Fläche von Hamburg. Mehr als 30.000 Menschen sind gestorben aufgrund der Kriegshandlungen nach dem 7. Oktober und die Welternährungsorganisation geht davon aus, dass rund 600.000 Menschen am Rande des Hungertodes stehen. Wir können nicht davon ausgehen, dass die Bevölkerung angemessen versorgt ist.

May: Jetzt sagen Sie, davon ist nicht auszugehen. Auf der anderen Seite wird immer darauf verwiesen, dass Israel sehr wohl das Recht hat, sich selbst zu verteidigen nach dem Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober. Warum sind Sie sich so sicher, dass Israel sich nicht an das Völkerrecht hält?

Bullmann: Na ja, der Internationale Gerichtshof am 26. Januar hat eine sehr bescheidene EntschlieÙung gefasst. Er hat gesagt, dass die Zivilbevölkerung geschützt werden muss, und das Recht auf Selbstverteidigung wird von niemandem und natürlich auch nicht von mir bestritten. Nur dann muss man dafür sorgen, dass in den Kriegshandlungen nicht 60 Prozent Frauen und Kinder sterben und dass nicht andere zivile Opfer allein durch Hungertod zustande kommen.

Wir haben gesehen, wie wenig LKW in den Gazastreifen kommen im Moment. Wir brauchen in der Normalausstattung 500 Transporte am Tag. Der Durchschnitt im Moment liegt bei 100 Transporten. Es ist kein Zufall, dass die Menschen das von den LKW reißen, was sie am dringendsten zum Überleben brauchen.

May: Jetzt sagt Israel, es würden sogar mehr Hilfslieferungen nach Gaza gelangen als vor dem Krieg, haben wir gerade in den Nachrichten gehört. Ist das nicht glaubwürdig?

Bullmann: Das ist nicht mein Eindruck. Wir haben natürlich auch Gespräche in der Knesset geführt mit Vertretern aller Parteien. Ich glaube, dass das Bild, was innerhalb Israels über die Versorgungslage existiert, nicht viel zu tun hat mit der Realität.

May: Was haben die denn für ein Bild?

Bullmann: Na ja, wir haben im Moment zwei Grenzübergänge, einen auf ägyptischer Seite, einen auf israelischer Seite. Wir haben gesehen, wie wenig durchkommt. Wir haben die langen Schlangen der LKW-Fahrer gesehen, die zum Teil 48 Stunden auf Einlass warten müssen. Wir haben gesehen, dass dual use, die kriegsgefährlichen Güter, die nicht durchgelassen werden aufgrund der LKW-Überprüfung, sehr weit interpretiert werden. Dazu gehören Wasserfilter, Schlafsäcke, Zelte. Alles das ist dual use und wenn Sie einen solchen LKW steuern, dann dürfen Sie sich anschließend wieder ganz hinten anstellen und weitere 48 Stunden, wenn nicht länger warten.

Die Bedingungen der humanitären Versorgung sind absolut unzumutbar. Die Amerikaner haben damit angefangen, Lieferungen abzuwerfen, 30.000 Mahlzeiten. Jeder Abwurf ist hunderte Mal teurer als jede direkte Lieferung. Das reduziert die Kapazität der internationalen Hilfe. Man braucht dringend neue Zugänge. Natürlich muss man helfen, dass anständig gesammelt wird. Es darf kein Kriegsmaterial in das Gebiet einfließen. Aber die Menschen müssen versorgt werden. Alles weitere führt zu einer Eskalation. Wir sind wenige Tage vor dem Fastenmonat Ramadan, der üblicherweise auch eine besonders sensible Zeit ist, wo ein Funke genügt, um weitere Brandherde zu setzen.

May: Was fordern Sie konkret von Israel? Es muss mehr reingelassen werden?

Bullmann: Wir müssen dafür sorgen, dass die humanitäre Situation sofort verbessert wird. Das wird nur gehen in einem Waffenstillstand. Das sagen alle, insbesondere auch die Vereinten Nationen. Aber ganz plötzlich haben wir jetzt auch einen Schwenk, eine erneuerte Position aus den Vereinigten Staaten. Auch die USA fordern unmittelbar eine Waffenruhe, damit nicht weitere tausende unschuldige Menschen sterben müssen. Das ist die Vorbedingung, dass weiter Sterben und Leiden verhindert wird – aber ich glaube, es ist auch die Vorbedingung dafür, dass wir endlich, endlich, endlich die Geiseln befreien können. Es ist ja nach wie vor ein schreckliches Leid, dass die entführten Menschen vom 7. Oktober sich weiter in Geiselhaft befinden. Es sind, wenn ich das richtig sehe, mittlerweile nur drei Geiseln befreit worden aufgrund von militärischer Intervention, allerdings 130 sind noch in Gaza und 114 von denen, die entführt wurden, sind aufgrund von Verhandlungen freigekommen. Die Waffenruhe muss auch in gleichem Atemzug dafür sorgen, dass ohne weitere Bedingungen die Geiselfreilassung erfolgt.

May: Es soll ja im Hintergrund verhandelt werden. An wem liegt es denn Ihrer Meinung nach, dass es keine Waffenruhe gibt?

Bullmann: Es wird schon sehr lange verhandelt, aber es scheitert ...

May: An Israel oder an der Hamas?

Bullmann: Ich glaube, es liegt an beiden Seiten. Insofern braucht es unseren Druck auf beide Seiten. Das ist keine Schuldfrage. Dieser Konflikt schwelt ja Jahrzehnte und die Situation war noch nie so verfahren, wie im Moment, und wenn man nicht den Druck – und da sind auch die Europäer gefragt -, wenn man nicht den Druck auf beide Seiten erhöht, wird es keinen Ausweg geben.

May: Europa ist ein gutes Stichwort. Sprechen wir zuerst über Deutschland. Wir hören immer wieder, der Vertrauensverlust in der arabischen Welt ist immens aufgrund der als einseitig empfundenen Parteinahme der Bundesregierung für Israel. Haben Sie das auch gespürt, in Ägypten beispielsweise, oder in Gesprächen mit den Palästinensern?

Bullmann: Man spürt die massive Enttäuschung. Die hat etwas damit zu tun, dass wir, ich glaube, unsere Perspektive noch ein wenig schärfen müssen.

May: Ist das die diplomatische Formulierung von, wir messen mit zweierlei Maß, wir müssen unsere Perspektive noch ein bisschen schärfen?

Bullmann: Ich sage es mal in meinen Worten. Es braucht die unbedingte und bedingungslose Solidarität mit den Menschen in Israel. Aber was wir nicht brauchen, ist die bedingungslose Solidarität mit der Regierung Netanjahu, mit einem Ministerpräsidenten, der keinen Ausweg findet aufgrund der Rechtslastigkeit seiner Politik und seiner Koalition, und, wie ich vermute, auch keinen Ausweg finden will aus der Krise. Netanjahu gehört zu denen, die von dem Krieg profitieren, weil solange er anhält, wird er nicht weiter justiziell verfolgt in seinem Land. Gleichzeitig hat er von Anfang an erklärt, er sei der Garant, dass keine zwei-Staaten-Lösung kommt im Nahen Osten. Er ist auf die mittlere Sicht der völlig falsche, um die Sicherheitsinteressen Israels zu beschützen, und diese Differenzierung muss auch in unsere Politik einfließen.

May: Wenn Sie das so sagen und so betonen, finden Sie, es gab zu viel Solidarität Deutschlands, der Bundesrepublik mit dieser Regierung Netanjahu?

Bullmann: Mit den Menschen in Israel kann es nie genug Solidarität geben.

May: Vollkommen klar.

Bullmann: Aber man darf Netanjahu und seiner rechtslastigen Regierung keinen Freifahrtsschein geben.

May: Und ist das passiert?

Bullmann: Wir messen es am besten an den Ergebnissen. Im Moment ist die Regierung Netanjahu sehr, sehr schwerhörig. Wir haben ja mit allen gesprochen in Israel. Wir haben auch mit dem Ministerpräsidenten in Palästina gesprochen. Alle Menschen guten Willens – und davon gibt es mehr als wir denken – bitten uns, uns stärker zu engagieren und nicht länger so zu tun, als seien es ausschließlich die USA, die Hebel in der hier Hand hätten. Wir sind der größte Finanzier der palästinensischen Autonomiebehörde und wir sind umgekehrt auch der größte Handelspartner Israels, und es wird hohe Zeit, dass wir unsere Möglichkeiten nutzen, und die Menschen warten darauf, um Präsenz zu zeigen und einzuwirken, dass es endlich eine Friedenslösung gibt. Es ist die schrecklichste Situation seit Jahrzehnten, aber

wenn man dieses Momentum nicht nutzt, was in dieser Situation liegt, dann verpassen wir unsere Geschichte.

May: Einwirken – was heißt das denn? Wie kann Deutschland denn ganz konkret einwirken? Deutschland liefert beispielsweise Waffen.

Bullmann: Na ja! – Ich glaube, dass man ein realistisches Bild entwickeln muss, was im Moment geschieht im Gazastreifen. Ich glaube, dass wir auch unsere Kapazität als Handelspartner nutzen müssen. In unseren Handelsverträgen steht drin, in unseren Assoziierungsabkommen, dass beide Seiten sich an die Menschenrechte halten müssen und ihnen verpflichtet sind. Ich glaube, dass die Ernsthaftigkeit Deutschlands, die Ernsthaftigkeit Europas vor Ort verstanden werden muss auf beiden Seiten. Es macht überhaupt keinen Sinn, eingleisig zu agieren oder eingleisig zu sprechen.

May: Ernsthaftigkeit ist ein guter Punkt. Deutschland und auch die EU sind ja Verfechter, die Verfechter eigentlich der regelbasierten Ordnung. Sie haben die Mahnung des UN-Gerichtshofes schon angesprochen, dass Israel mehr tun soll. Aber Konsequenzen von deutscher Seite gab es ganz offensichtlich nicht, obwohl ja, so wie Sie das schildern, Israel nicht mehr getan hat für den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza. Andererseits: Als rauskam beziehungsweise der starke Verdacht aufkam, dass UNRWA-Mitarbeiter möglicherweise am Terroranschlag der Hamas beteiligt gewesen waren, gab es sofort Konsequenzen und Deutschland hat die Zahlungen an die UNRWA eingestellt.

Bullmann: Wir müssen mit aller Kraft darauf dringen, dass es solche Vorfälle bei UNRWA nicht gibt und dass UNRWA sie aufklären muss, aber UNRWA hat zehntausende von Mitarbeitern in der Region und alle, die was davon verstehen, sagen, wenn wir UNRWA von heute auf morgen abschaffen, dann stirbt der Rest der Bevölkerung auch noch, weil es keine Grundversorgung gibt.

May: Aber muss Deutschland Konsequenzen ziehen auch aus dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs?

Bullmann: Die Urteile des Internationalen Gerichtshofs sind allgemeinverbindlich für alle. Ich will nicht Diplomaten, die jeden Tag das Möglichste herausholen aus den Verhandlungen, jetzt auch noch Lehren erteilen, aber die deutsche Politik muss im Kern begreifen, dass es nicht ein Problem ist, Solidarität Netanjahu zu zeigen. Dieser Mann ist überfällig und alle

Welt, auch die Israelis warten darauf, dass es eine neue Regierungsbildung geben kann. Es ist ja auch kein Zufall, dass Benny Gantz in den USA erwartet wird.

May: Oppositionsführer, Mitglied des Kriegskabinetts.

Bullmann: ..., dass man ihn gerne begrüßt, weil auch die USA längst verstanden haben, dass es mit der Eskalation der Gewalt nicht getan ist und dass so kein Auskommen ist.

Schauen Sie nach den Gebieten in der Westbank. Da sind 500 Menschen gestorben seit dem 7. Oktober, weil der ausufernden Siedlergewalt Vorschub geleistet wird, weil die Regierung Netanjahu Öl ins Feuer gießt und eigentlich davon profitiert, dass es weiter eskaliert.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.